

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Hoffmann
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16.b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr
für die sechsgespaltene Kolonizelle 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Das Wirtschaftsjahr 1920

Viele werden in das neue Jahr eintreten mit dem frohen Gefühl, daß die Revolution nun glücklich hinter uns liegt; für sie war der letzte Schuß in den Straßen auch der letzte revolutionäre Seufzer. Rhein.-Westf. Ztg. Nr. 3.

Als Karl Marx seine grundlegenden nationalökonomischen Werte schrieb, befand sich der Kapitalismus in einer ruhigen, nur von den Wellenschlägen der Hochkonjunktur und Wirtschaftskrisis bewegten Entwicklung. Was würde wohl Marx sagen, wenn er die wirtschaftlichen Um- und Neubildungen ins Auge fassen könnte, die der Weltkrieg im Gefolge hatte. In einem einzigen Jahre unterliegen die ökonomischen Verhältnisse einer größeren Umwälzung, als in Jahrzehnten früherer Zeit. Das Jahr 1920 ist dafür ein typisches Beispiel und beansprucht als erstes Friedensjahr besonderes Interesse. Die organisierte Arbeiterklasse hat allen Grund, sich die wirtschaftliche Bilanz eines solchen Jahres genau anzusehen.

Der Anfang des Jahres 1920 war für das deutsche Wirtschaftsleben gekennzeichnet durch die rapide Verschlechterung der deutschen Valuta. Die Kurve der Geldentwertung und somit die Kaufkraft des Geldes ging scharf nach unten. Die ausländischen Devisen wurden an deutschen Börsenplätzen und anderswo mit stürmischer Nachfrage umworben. Das deutsche Kapitalistenpublikum flüchtete panikartig vor der Mark und suchte Zuflucht in Industripapieren und ausländischen Banknoten. Ausländische Wertpapiere, Kupons und Devisen wurden in Deutschland zur Hamsterware. Dies und die Furcht, dem Fiskus von dem rasch erworbenen Gewinn in Form von Steuern etwas abgeben zu müssen, trug in nachhaltiger Weise dazu bei, Marktwerte ins Ausland zu verschleppen. Die Anfangsmomente des Jahres 1920 sind in der Verschlebung von deutschem Vermögen nach dem Auslande besonders charakteristisch. Die Marktwerte des Auslandes werden heute auf 30 Milliarden Mark geschätzt. Im Monat Januar gingen die ausländischen Zahlungsmittel um das Doppelte in die Höhe. Diese kolossale Geldentwertung hatte eine sprunghafte Steigerung aller Preise im Gefolge. Mit derselben Geschwindigkeit und Festigkeit verschlechterte sich die Lebenshaltung des deutschen arbeitenden Volkes. Wohl feste eine Hochflut von Lohnbewegungen ein, doch waren die Erfolge dieser Bewegungen nicht im entferntesten imstande, die Teuerungswellen auszugleichen. Der Reallohn sank auf ein bedrückendes Minimum.

Der Sturz der deutschen Valuta war begleitet von einem ungewöhnlichen Export deutscher Waren ins Ausland. In Verbindung mit dem „Loch im Westen“ gingen dieselben zu Schleuderpreisen ins Ausland und verdrängten dort die heimische Konkurrenz. Die deutschen Unternehmer und Exporteure schafften, was nur irgendwie zu erhaschen war, über die deutsche Grenze. Riesige Gewinne wurden dabei erzielt. Die Qualität der Fabrikate ließ in vielen Fällen zu wünschen übrig. Die alte solide, dem deutschen Kaufmann früher so nachgerühmte Handelspraxis erhielt einen empfindlichen Stoß. Im Laufe des Jahres entstand im Ausland jene Bewegung über das deutsche Dumping, welche sich in vielen Ländern zu Gesetzesanträgen und -vorlagen verdichtete, um sich der deutschen Konkurrenz zu erwehren. Es sei hier nur an das Gesetz zum Schutze der englischen Farben erinnert, das am Schlusse des Jahres im englischen Parlament durchging und welches die deutsche Konkurrenz in England empfindlich schädigen wird. Eine ganze Reihe von Staaten sind dabei, ihre Grenzen mit hohen Schutzollmauern zu umgeben. Die durch den Export erzielten Gewinne, meistens heringebracht in ausländischen Devisen, haben nicht sehr fruchtbringend auf die deutsche Valuta gewirkt. Gingen doch vielfach unsere „patriotischen“ Kapitalisten dazu über, das Geld im Ausland stehen zu lassen. Mit der Besserung des deutschen Geldes im März und April ließ auch die Verschleuderung deutscher Waren auf dem Weltmarkte nach und es begann jene Krise, die sich bis August rasch steigerte und bis heute mehr oder weniger anhält. Das Auf und Nieder der deutschen Währung, die das beherrschende Element der deutschen Wirtschaft darstellt, hielt bis zum Jahreschlusse an und ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich. Es kostete in Mark:

Dollar	2. Jan.	9. Febr.	26. Mar.	9. Nov.	31. Dez.
Schweiz. Franc	49.—	103,65	34,95	87,75	73,87 1/2
Holl. Gulden	8,80	16,98	6,24	13,22	11,12
Frang. Franc	18,85	39,71	11,98	25,76	22,90
Frang. Franc	4,66	7,20	2,70	5,05	4,82
Pfund Sterling	180,50	348,50	125,55	297.—	257,70

Zur Besserung der deutschen Geldverhältnisse sind von Volkswirtschaftlern mannigfaltige Vorschläge gemacht worden. Vor allem strebte man nach einer Stabilisierung, um die deutsche Mark des Charakters eines Spielwerts zu entkleiden. Heute liegen die Verhältnisse so, daß an ausländischen Börsen, namentlich in Amerika, eine mehr oder weniger starke Engagierung in der Marknote genügt, um dieselbe empfindlich ins Wanken zu bringen. Zur Stabilisierung der Valuta ist vor allem die Einstellung der Notenpreise notwendig, denn solange die deutsche Wirtschaft einen Papiergeldbestand von 80 Milliarden und darüber mit sich herumträgt, muß und die Erweiterung dieses Bestandes immer mehr Fortschritte macht, ist an eine Stabilisierung oder gar an eine fühlbare Besserung nicht zu denken. Man hat ferner eine sogenannte Doppelwährung vorgeschlagen, wo neben der Papiermark eine Goldmark als Wertmesser namentlich für den Außenhandel gelten sollte. Weiter ist der Gedanke einer Industrie- oder Hypothekwährung aufgetaucht. Nicht mehr der in den Kellern der Reichsbank sich befindliche Goldschatz sollte allein als Garantiefonds des im Umlauf befindlichen Papiergeldes dienen, sondern der gesamte immobile Besitzstand Deutschlands sollte als Solldar-

lehen in Anspruch genommen werden. Des ferneren erwohnt man den Gedanken der Devaluation, d. h. eine gemalssame Herabminderung des nominellen Papiergeldbestandes. Dies sollte geschehen durch die Abstempelung der Banknoten. Wenn auch das letzte Mittel tiefenschnendender Natur ist, so ist es u. E. am ehesten dazu angetan, das in Strümpfen-, Trüben und Strohfäden versteckte Papiergeld ans Tageslicht zu befördern. Die Steuerflucht würde dadurch erheblich eingedämmt. Neuerdings wird sogar die Hoffnung lebendig, das deutsche Eigentum in Amerika, das auf 600 bis 800 Millionen Dollar (42 bis 56 Milliarden Papiermark) geschätzt wird, als Wiederaufbaubasis der deutschen Valuta zu betrachten. Man glaubt, diese Beträge bei Eintritt des in diesem Frühjahr zu erwartenden Friedenszustandes zum Zwecke der Valutastabilisierung frei zu bekommen. Doch darf man als Volkswirtschaftler nie außer Betracht lassen, daß die amerikanischen Kapitalisten vor allem an ihre eigene Tasche denken werden und das deutsche beschlagnahmte Vermögen benutzen wollen, um ihre Warenbestände abzustößen. In der Frankfurter Zeitung und auch von anderen Personen ist vorgeschlagen worden, die deutsche Valuta zu stabilisieren auf einen gewissen Stand, unter Bildung einer Körperschaft in- und ausländischer Finanzleute, die diesen Stand zu garantieren hätte. Sei dem wie ihm wolle, auch im Jahr 1921 wird die Schwankung des deutschen Geldes die große Sorge bilden, um deren Beseitigung sich alle Größen der Volkswirtschaft bemühen werden. Die gewaltige Krise in England, Amerika, Frankreich, Schweden, Japan und anderen Ländern wird auch jene Länder mehr oder weniger zu der Einsicht bringen, daß es nicht angängig ist, so wichtige Industrieländer wie Deutschland aus dem weltwirtschaftlichen Zirkulationsprozeß auszuschließen.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, einen Blick auf das Zentralnoteninstitut, unsere Reichsbank, zu werfen. Die Reichsbank zeigte 1920 folgendes Bild (in 1000 M.):

	Notenumlauf	Effekten	Tägliche fällige Wechselsummen
31. Juli 1914	2809499	398608	1268496
1. Dezember 1919	35698399	168989	17071857
30. Juni 1920	55975118	848479	23418955
Mitte Dezember 1920	65147187	202248	15825108

Die Flucht vor der Mark äußerte sich in den Börsenkursen der Industripapiere. Genau so wie die Kurve der Mark nach unten ging, bewegten sich die Börsenkurse der Aktien und sonstigen Mehrwertzertifikate nach oben. Die deutschen Kapitalisten suchten nach festen Werten, welche sie in den Industripapieren fanden. Die Fabriken zeigten sich in ihren Anlagen intakt und repräsentierten einen ungeheuren Goldwert. Der Kapitalbedarf der Industrie erleichterte diesen kolossalen Zustrom. Des ferneren zeigten die Geschäftsergebnisse, daß die deutsche Industrie im allgemeinen lukrativ zu arbeiten verstand und die Aktienpapiere auf große Gewinne rechnen konnten. Weiter unten werden wir sehen, daß diese Hoffnung nicht vergeblich war. So begann denn jener Sturm in den Börsensälen, der in der Geschichte der Börse vergeblich seinesgleichen suchen wird. Zum Börsenspiel drängte sich Krebhi und Plethi. Trotz ungeheurer Anstrengung war es unmöglich, die Ansprüche des börsenpielenden Publikums zu befriedigen, weshalb zu dem Mittel der Börsenruhe gegriffen werden mußte, doch nicht allein in den Börsengebäuden, sondern im Café, in Barbierstuben und auf der Straße wurden Börsenwerte umgeworfen. Millionen und Milliarden wurden in einem Tage umgeworfen, genommen und — verloren. Während die Börse früher ein feines Instrument war, das auf alle Vorgänge der Politik und Wirtschaft reagierte und nur von Leuten von Intelligenz und Bildung besucht wurde, so ist das im verfloffenen Jahre wesentlich anders geworden. In wildem Ringen kämpften die Haus- und Paissparteien miteinander. Auswütsche unerhörter Art zeigte die Spekulation. Es gab Börsenpapiere, die in einem Tage um mehr als 100 Prozent gewonnen oder einbüßten. Ja, Pomona-Anteile sind in einem Tage um 2700 Prozent gestiegen.

Diese Schwankungen der Börsenkurse hatten aber auch ihre Ursache in den Interessenkämpfen. Aktionärgruppen kämpften um bestimmte Industripapiere. Der Fusions- und Konzentrationsprozeß trug dazu sein reibliches Teil bei. Auch Überfremdungen spielten dabei eine große Rolle. Man braucht nur an den Fall Hochumer Verein zu erinnern, wo ein Berliner Bankhaus für holländische Rechnung einen großen Aktienposten erwarb. Durch das rasche Eingreifen von Stinnes wurde dieser Aktienposten, wenn auch unter erheblichem Hinausschnellen des Kurses, zurückgekauft. Um die Kursentwicklung einiger Aktiengesellschaften aus der Metallindustrie darzustellen, bringen wir eine kleine Zusammenstellung:

	1914	1920				
	16. Juni	7. Jan.	9. Febr.	26. Mar.	9. Nov.	31. Dez.
Wismarschütte	141	278	400	960	687	736
Wochumer	221	264 1/2	863 1/2	240	525	548
St. Luzemburg	128 1/2	225 1/2	846	258	400	599 1/2
Sarpener	177	269	978	245	467	553 1/2
Goelch	148	322 1/2	405	280	701	850 1/2
Mannesmann	—	282	379 1/2	300	508 1/2	595
Phönix	285 1/2	311 1/2	418	940	599	655 1/2
Thale	—	887 1/2	478 1/2	845	1290	797
Dr. Wassen	844	258 1/2	385	854	478 1/2	568
Siech Kupfer	—	284 1/2	885	250	440	448 1/2
Söwe	—	292	880	272	404 1/2	497 1/2
Rheinmetall	101	218 1/2	—	284	825	398

Vorstehende Tabelle zeigt ganz deutlich, daß, wenn der Markkurs niedrig war, die Industripapiere desto höher im Kurse standen. Die „Frankfurter Zeitung“ bringt regelmäßige Berechnungen über 26 verschiedene gut funktionierende Aktiengesellschaften und zeigt

Anleihen, die die Kursentwicklung treffend illustrieren. Danach entwickelten sich die Kurse:

	4. 9. 19	2. 1. 20	1. 3.	1. 6.	7. 8.	18. 9.	28. 10.	27. 11.	18. 12.	31. 12.
Aktien	6424	7792	12311	8533	11488	12451	13903	14360	14179	15362
Anleihen	963	976	1411	1024	1052	1274	1249	1304	1272	1271
zus.	6387	8767	13722	9557	12540	13725	15062	15664	15451	16633

Wenn man den Kursstand vom 1. Januar 1920 gleich 100 setzt, so ergibt sich folgendes Bild:

|| 87,2 | 100 | 155 | 109 | 145 | 156 | 172 | 178 | 176 | 189

Interessant ist es, valutastarke Länder dem gegenüber zu halten. So fielen die Kurse der Aktien und Industripapiere an der New Yorker Börse im Jahre 1920 um 26 Prozent. Für England ist die Entwicklung aus der Berechnung der „Wanders“ Magazine an der Londoner Börse ersichtlich, die für 387 Börsenpapiere aufgestellt sind:

Kurswert von 387 Londoner Börsenpapieren in Mill. £:

Vor Kriegs- ausbruch	21. 4. 18	20. 11. 18	Jan. 1920	1. 4. 20	1. 7. 20	2. 10. 20	Gesamt	
	8871	2572	2622	2634	2590	2874	2428	2820

Die Kursentwicklung in diesen Ländern ging gerade umgekehrt vor sich als in Deutschland. Die Gegenüberstellungen sind jedenfalls sehr lehrreich.

Das Jahr 1920 war auch ein Rekordjahr in der Kapitalneuinvestierung. Wohl keine Aktiengesellschaft ist vorhanden, die nicht eine namhafte Erhöhung ihres Aktienkapitals vorgenommen hat. Teilweise wurde das Stammkapital im Laufe des Jahres zweifach verdoppelt. Die Bankfirma Stenger, Hoffmann & Co. (Berlin) gibt regelmäßige Monatsübersichten über den Kapitalbedarf der deutschen Industrie. In fünfviertel Jahren wurden folgende Kapitalien neu investiert (in Millionen Mark):

	Stammaktien	Borgkapitalien	Subsidiaraktien	zusammen
4. Quartal 1919	1157	568	988	1898
1. „ 1920	1868	179	952	2899
2. „ 1920	2260	149	959	2768
3. „ 1920	1166	284	861	2110
4. „ 1920	2689	1156	387	4242
zusammen	9144	2121	2147	13412

Bemerkenswert an dieser Zusammenstellung ist, daß das Agio in diesen Summen nicht zur Geltung kommt. Bei dem heutigen Kursstand fällt bei den Kapitalerhöhungen das Agio (Aufgeld) in erheblichem Maße ins Gewicht. Wenn auch die Aktien in den meisten Fällen zum Zwecke der Gewinnverschleierung mit nur geringem Agio den Aktionären überlassen werden, so gehen die Kapitalien doch in die Milliarden, die für das Agio in Frage kommen. Man schätzt nicht zu gering, wenn man die gesamten für die Neuinvestition in 1 1/2 Jahren beanspruchten Kapitalien mit 18 Milliarden in Anrechnung bringt. Hinzufügen wollen wir noch, daß das Aktienkapital der gesamten deutschen Aktiengesellschaften vor dem Kriege 15,3 Milliarden Mark betrug.

Nicht allein die wirtschaftliche Gesundung war für die deutsche Industrie für das verfloffene Jahr charakteristisch, sondern auch die Vorgänge der organisatorischen Umgestaltung. Auf dem Weg zum Trust, zum wirtschaftlichen Privatmonopol, ist im verfloffenen Jahre eine große Strecke zurückgelegt worden. Sowohl horizontal als vertikal sind Fusionen in großem Maßstabe erfolgt. Bahnbrechend auf diesem Gebiete war Hugo Stinnes, der in seiner Siemens-Rhein-Elbe-Schneider-Union einen Trust mit organisatorischer Vollkommenheit geschaffen hat. Die Daniel, Glöckner, Funke, Krupp, Stumm- und Thyssenkonzerne schlossen sich dem Vorhaben von Hugo Stinnes in würdiger Weise an. Von einer starken Kohlen- und Eisenbasis ausgehend, wurde die Fertigfabrikation in den verschiedensten Variationen dem Montankonzern angegliedert. Diese Entwicklung ist zur Stunde noch so in Fluß, daß keineswegs vorausgesetzt werden kann, wo und wie dieser Prozeß einmal enden wird.

Die Herzöge dieser Trusts hätten dies alles nicht zumege bringen können, hätten ihnen die Großen Banken nicht zu jeder Hilfeleistung zur Verfügung gestanden. Jeder Industriefinanzier ist mit einem Konzern der Großbanken mehr oder weniger eng verbunden. Dort stehen ihnen die Kapitalien zu jenen ungeheuren Transaktionen zur Verfügung. Das Finanzkapital liefert den Lebenssaft der Konzentrationsbewegung. Dieser Lebenssaft wird aus unzähligen Kanälen durch die vielen Zweigniederlassungen der Großbanken im ganzen Reich ausgeföhren und in den Reservoiren der Generaldirektion gesammelt, um hier den deutschen Trustees angeboten zu werden. Jedes kleine Depostitenkonto trägt also indirekt dazu bei, jenen Konzentrationsprozeß zu ermöglichen. Das Wirken des Finanzkapitals darf hier nicht außer acht gelassen werden. Was wir in der Montan- und Metallindustrie beobachten konnten, vollzog sich auch in anderen Industriezweigen. So ist auf dem Gebiete der chemischen Industrie der Konzentrationsprozeß nicht minder fortgeschritten. Hier beherrschen die sieben großen Werke die gesamte Fabrikation und sie sind außerdem in einer Interessengemeinschaft zur Stickstoffgewinnung verbunden. Das Streben nach Konzentration, nach Zusammenschluß bestimmter Interessengruppen war auf jedem Gebiete zu beobachten. Nur bei den entgegengesetzten Faktoren der deutschen Wirtschaft, der Arbeiterkraft, war es anders; dort war nicht Konzentration aller Kräfte das leitende Motiv, sondern Bruderkampf und Zersplitterung. — Alles in allem bildet das Jahr 1920 einen Markstein der industriellen Entwicklung auf dem Gebiete der Konzentration. Das Großkapital steht gerüst, finanziell

handelt, das es Operationen gibt, die notwendig sind, wenn nicht der Gesamtschritt eine Schädigung erfahren soll, und ist der Ansicht, daß die Notwendigkeit einer Operation im D. M. B. gegeben ist.

Die von uns vorgelegte Entschliessung soll ein Warnsignal sein und auf das Gefährliche des bisherigen Vorgehens hinweisen. Es würde einer solchen Entschliessung nicht bedürfen, da das Statut schon genügend Handhaben bietet, doch hielt sich der Vorstand für verpflichtet, den Mitgliedern die Konsequenzen, die sich aus all diesen Dingen ergeben, noch einmal vor Augen zu führen.

Die politische Verzeugung des Einzelnen wird nicht angetastet; sie geht uns nichts an, aber im Verband hat sich jeder den Gesetzen unterzuordnen, die der Verbandstag, die höchste Instanz des Verbandes, aufgestellt hat. Wer das nicht will, muß auscheiden bezw. muß ausgeschlossen werden, wenn ihm im ordentlichen im Statut festgelegten Rechtsverfahren nachgewiesen werden kann, daß er gegen die Interessen des Verbandes grübelnd verfahren hat. Bei der Verdrängung, in der sich die Arbeiterpartei befindet, ist das erste Erfordernis eine starke, in sich festgelegte Organisation. Die Gewerkschaften sind der letzte Halt. Wehe der Arbeiterpartei, wenn dieser letzte Pfeiler der Arbeiterbewegung zermürbt wird, und das wird geschehen, wenn die Erfahrungen, Statuten und Organisationsbeschlüsse nicht weiter so zertreten werden können. Nur wenn die Arbeiterpartei wieder Vertrauen in ihre Organisation und in ihre selbstgewählten Funktionäre hat, wird sie die alte Geschlossenheit erreichen, ohne die wir nicht siegreich sein werden.

In der Diskussion nimmt das Wort Max Müller: Vom Standpunkt des Kommunismus aus betont er, daß sich Verband in seinen Ausführungen einseitig von politischen Leidenschaften habe leiten lassen, und bestreitet, daß eine Zerstückelung der Gewerkschaften beabsichtigt sei. Er werde jederzeit Vorgehen entgegenzutreten, d. h. mit den Interessen der Organisation nicht vereinbar sind. Vor dem empfohlenen Weg warnt der Redner dringend, wenn die Einheit der Organisation erhalten bleiben soll. Die Spaltung der Parteien im Jahre 1917 war eine unbedingte Notwendigkeit und es ist falsch, wenn jetzt gesagt wird, die „rote Fahne“ triumphiert darüber. Gewiß, sie triumphiert, aber in dem Sinne, daß die Spaltung eine historische Notwendigkeit war. Daß die „rote Fahne“ von Gewerkschaftszersplitterung redet, mag zutreffen, aber gleichfalls nicht in dem Sinne, wie es der Redner auslegt. Auf jeden Fall sollte man es den Kommunisten überlassen, in ihrer Partei für Ordnung zu sorgen. Redner kommt auf die Reichzentrale der kommunistischen Partei zu sprechen und meint, daß die Genossen in den letzten Jahren viel von den anderen Parteien gelernt haben. Diese hätten gezeigt, wie man eine Opposition aufbauen bringt; was man heute selber getan habe, dürfte man morgen nicht zurteilen. Man könne anderer Meinung sein als der Vorstand und trotzdem ehrlich bestrebt, für die Organisation das Beste zu wollen. Als abschließendes Beispiel führte der Redner öffentliche und geheime Flugblätter an, die die Kommunisten herausgegeben; geheime Flugblätter würden von ihnen nicht verteilt. Wenn die Kommunisten etwas Geheimnis mitzuteilen hätten, dann komme es sicherlich nicht in die Hände des Vorstandes. In weiteren Ausführungen bemerkt sich Redner gegen die Warnung, daß seine Gesinnungsgenossen die Kollegen anderer Richtung mißhandelt hätten. Kommunisten seien das nicht gewesen, sondern Parteifreunde der anderen Richtung. Solche Vorwürfe seien zu beuhen, werden aber immer passieren, solange es unauferlegte Menschen gibt.

Die Resolution betrachtet Redner als ein Sicherheitsventil des Vorstandes für die kommenden Generalversammlung. Der Vorstand fürchte eine zu starke Opposition von links und wolle sich diese vom Hals schaffen. Die Resolution soll ein Sichtwechsel vom Beirat sein, damit der Hauptvorstand feste Hand erhält, um gegen die vorgehenden, die nicht seiner Ansicht sind. Redner betrachtet die Resolution als einen Freibrief für eine bestimmte Richtung und ist überzeugt, daß die Annahme der Resolution auf Zerstückelung hinausläuft. Mit dem ersten Satz der Resolution könne man einverstanden sein, wenn er auf alle Richtungen angewendet wird. Im übrigen sei die Resolution unnötig; sie wird höchstens einen Sturm der Entrüstung entfachen und den Agitatoren erst recht Gelegenheit geben, gegen den Vorstand vorzugehen. Wenn man sich gegen Kollegen wende, die die Organisation zerschänden wollen, sei er damit einverstanden; man soll aber nicht sagen, die 3. Internationale zerstört die Organisation.

Ulrich (Berlin) spricht über Einzelheiten bei der Wahlbewegung in Berlin und bei dem Streik bei Vorpommern. In allen Mitteln habe man versucht, die „Söldling des Kapitals“, in der Öffentlichkeit zu diskreditieren; man habe ihn letzten Endes sogar für den Elektrizitätsarbeiterstreik verantwortlich gemacht. Auf der einen Seite sagen Hoffert und Kusch, wir dürfen nicht mehr verhandeln, sondern müssen zum Kampf übergehen; im gleichen Atemzug werde aber auch gesagt, wir können zuerst keinen prinzipiellen Kampf führen, weil wir die schwächere Klasse sind. Ein Kampf bis aufs Messer bestehe auch nur gegen die sogenannten „Konterrevolutionäre“ Jiska und Dilmann. Der Redner behauptete, die Kommunisten denken nicht an Zerstückelung. Der beste Gegenbeweis sei der Austritt von Paul Lange aus der kommunistischen Partei, weil (s.) Lange nicht den Thesen von Moskau unterwerfen will, die die Spaltung der Internationale in Amsterdam fordern. Eine solche Sprengung würde gleichzeitig den A. D. B. und die Afa auseinanderreißen und schließlich auch die Gewerkschaftsbewegung. Wer es wagt, die Art an die Wurzel der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu legen, muß mit allen Mitteln bekämpft werden. Der Kampf vor der Organisation wird durch die Hilfsarbeit der kommunistischen Gewerkschaftszentrale untergraben und wenn von Söldlingen des Kapitals gesprochen werden müßte, dann sei dieser Name auf Jiska, Müller, Kusch und Genossen angewendet, die durch ihre Funktionäre die geordnete Tätigkeit der Organisation hemmen. Auch an Achtung haben wir verloren, und das ist kein Wunder, denn wer als „Sonne“, Kamaile, Schupf usw. tituliert wird, kann in den Augen der Unternehmer bei Verhandlungen, zu denen er im Interesse derer gehen muß, die ihn beschimpft haben, keinen Eindruck erwecken.

Roncab Lang (Frankfurt): Der Vorstand hat in einer Sache Partei ergreifen, zu der er sich eigentlich neutral verhalten müßte. Der frühere Vorstand hatte mit dem Ausschuss in dem Streit der Geisteswährend des Releges Nichtallien für die Metallarbeiter-Zeitung vereinbart, denn er hatte eingesehen, daß ein solcher Kampf möglichst schnell geführt und beendet werden muß, den jeweiligen Richtungen den Weg frei zu lassen. In diesem Sinne hätte auch der jetzige Vorstand handeln müssen und die letzte Entscheidung muß der Generalversammlung überlassen bleiben. Es ist bedenklich, die Generalversammlung durch den Beirat zu ersetzen. Wir haben nach dem Statut das Recht, bestimmte Beschlüsse zu fassen, aber das, was der Vorstand beschließt, ist eine Umgehung des Statuts und Vorgehens der Beschlüsse der Generalversammlung.

Der vierte Absatz der Resolution muß zum stärksten Widerspruch herausfordern. Sind Mitglieder vorhanden, die gegen das Statut verstoßen, dann ist es Pflicht des Vorstandes, nach dem Statut zu handeln. Es geht aber nicht an, Werturteile dieser Art zu fällen, wie es in der Resolution geschieht. Redner bestreitet darauf verschiedene interne Angelegenheiten und glaubt an Hand dieser Ausführungen beweisen zu haben, daß die Resolution gegenüber der Logik nicht standhält.

Engelle (Stettin) freut sich, daß durch die Aufstellung dieser Frage Klarheit geschaffen worden sei. An der Zerstückelung der Arbeiterpartei ist jede Partei mitschuldig. Das Recht der politischen Organisation nach seiner Wahl darf niemand genommen werden; aber die Partei darf sich nicht in die Angelegenheiten der Gewerkschaften einmischen, zumal viele Leute in der Partei sind, die keine Ahnung von der Gewerkschaftsbewegung haben. Das trifft auf alle Fraktionen zu. Redner bezeichnet es als größte Dummheit seines Lebens, daß er sich dazu habe bewegen lassen, Verbandsfunktionäre zu werden. Die Arbeitsarbeit werde einem beratend erwünscht, besonders von den Unionisten, daß man alle Lust verliere. Wenn in der kommunistischen Partei befähigte Leute sind, können diese die Posten besetzen. Eine Veränderung der jetzigen Funktionäre durch ständiges Genieserren und Beschimpfen darf aber nicht erfolgen. Wir wollen auch nicht die Stilis der Partei werden. Er sehe auf dem Boden der kommunistischen Partei; mit der Tätigkeit seiner Parteigenossen, wie sie der Referent

ansah, könne er jedoch nicht einverstanden sein und die, die diesen Weg gehen, müssen die Konsequenzen daraus ziehen.

Gaas (Köln) widerspricht zunächst einer Behauptung eines der Vorredner, daß die S. P. D. Kollegen die ersten gewesen seien, die eine Fraktion bildeten. Er hält es nicht für richtig, durch eine Entschliessung eine größere Anzahl von Kollegen zu treffen, die eine andere politische Auffassung haben als die jetzige Mehrheit. Er sei kein Freund der Kommunisten, halte es jedoch auch nicht für notwendig, zur Unterdrückung derselben besondere Maßnahmen aufzustellen. Wenn das zutrefte, was Stauden ausgeführt habe, dann gäbe das Statut genügend Handhaben, um gegen diese Leute vorzugehen. Wenn die Resolution angenommen würde, dann müßten Vorstand und Ausschuss dauernd arbeiten, um alle Ausschlußanträge zu prüfen, die einkommen werden. Die Kommunisten lassen sich auf Grund der Anweisungen der Dritten Internationale vorführen, was sie zu tun haben, das geht aus den 21 bekannten Punkten hervor. Wollte man also Konsequenz sein, müßten alle die ausgeschlossen werden, die sich zu den 21 Punkten bekennen. Es kann nur ein Geistesstumpf in Betracht kommen; die Arbeiterpartei wird bald einsehen, daß sie von den Kommunisten nichts Gutes zu erwarten hat. Es hat sich seit der Revolution schon eine wesentliche Änderung gezeigt und die geistige Entwicklung wird in nächster Zeit noch rascher fortschreiten.

Vorhöler (Stuttgart): Wenn sich die Resolution gegen eine geistige Richtung wenden würde, dann würde ihn keine Macht der Welt zur Annahme zwingen können. Für ihn sei gleichgültig, welcher politischen Richtung derjenige angehöre, der auf Grund der Resolution ausgeschlossen wird. Engelle hat die Resolution richtig ausgelegt. Einige Vorredner meinen, wir hätten kein Recht zur Annahme der Entschliessung; das stimmt nicht. Wir sind nach dem Statut vollumfänglich in dem vorgeschlagenen Sinne zu handeln. Wenn der Vorstand aus einer Reihe von Dingen erntet, daß es so nicht weitergehen kann und die Meinung der Kollegen hören will, können wir ihm diese nicht vorenthalten. Die Resolution richtet sich lediglich gegen unverantwortliche Elemente, die das Organisationsleben lähmen wollen.

Höbler (Halle): Wenn es eines Beweises bedarf, daß sich unverantwortliche Personen in die inneren Einrichtungen der Organisation einmischen, dann ist dieser Beweis durch die Vorgänge in Halle vorhanden. Man habe ihm, als er seinen Posten verlassen wollte, zuerst gesagt, die Bedingungen von Moskau stehen nur auf dem Papier; nach dem Parteitag seien alle Beamten gestraft worden, ob sie die Moskauer Bedingungen anerkennen. Wer das nicht tat, wurde rücksichtslos bestraft.

Reichel: Die Ausführungen des Ausschussvorsitzenden Lang lassen die schärfsten Befürchtungen auf die Rechtsprechung der Stelle zu, die über das Statut und den Vorstand zu wachen hat. Lang hat keinen schlüssigen Beweis für seine Behauptungen erbracht und er hat als Vorsitzender des Ausschusses kein Recht, hier Eingriffe, dazu in völlig falscher Darstellung, zu solch durchsichtigen Zwecken auszusprechen. Die Ausführungen des Kollegen Lang werden den Vorstand nicht veranlassen, von der Zucht abzugehen, die notwendig ist und die die Stunde gebietet. Es handelt sich nicht allein um die Einigkeit im Verband, sondern auch um Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der ideoellen Güter, die wir besitzen. Wenn in jeder Zusammenkunft, sei es nun Werkstatt, Mitglieder- oder öffentliche Versammlung, von den Führern als von Schuften und Veräppelern gesprochen wird, wie soll eine Arbeiterpartei, der so etwas ständig wiederholt wird, in der Lage sein, diesen Führern und der Fahne des Sozialismus zu folgen. Die kommunistische Bewegung als geistige Bewegung wollen wir nicht unterdrücken; wir wollen nur die Schädlinge der Organisation fassen. Es handelt sich dabei nur um konkrete Fälle. Wir schließen oft ein Mitglied aus, weil es einen bestimmten Werkstattbeschluss nicht einhält. Sollen wir die ungestraft laufen lassen, die entgegen dem Willen der zuständigen Organisation von Ort zu Ort reisen und zu allen möglichen Disziplinlosigkeiten auffordern? Wenn wir solchen Dingen tatenlos zusehen, dann wird die Organisation unterhöhlt und bricht eines schönen Tages zusammen. Der Vorstand wird stets nach Recht und Gewissen handeln und auf die politische Seite in keiner Weise eingehen.

Sideri (Stuttgart): Wir sind auf einer Seite, wenn es sich um die Wahrung der Geschlossenheit der Organisation handelt. Wir nehmen auch an, daß durch das Vorgehen des Vorstandes nur Schädlinge getroffen werden sollen. Aber die Resolution wird im Grunde einseitig angewendet werden. Die Funktionäre werden versuchen, die Resolution gegen alle die auszusprechen, die ihnen politisch unliebsam sind. Will man die Geschlossenheit des Verbandes wahren, darf man nicht in den Fehler verfallen, den die Partei 1917 begangen hat. Wenn die Resolution richtig angewendet wird, müßte man ihr rüch-wirkende Kraft erteilen und sie auch auf die Vorgänge auf der Stutt-garter Generalversammlung anwenden. Diese hat offiziell die Fraktionsbildung anerkannt. Das damals gestattet worden ist, kann heute keinem verweigert werden. Die Resolution bedeutet eine Erweiterung der Vorstandsrechte und gleichzeitig eine Schädigung des Verbandes.

Dilmann (Stuttgart) bespricht zunächst die von dem Kollegen Lang angeführten inneren Fragen und betont, daß der Ausschuss ja jederzeit das Recht der Kontrolle und Revision hat. Der Vorstand sehe der kommenden Generalversammlung ruhig entgegen. Der Vorstand habe auch keine Ursache, einer Aussprache aus dem Wege zu gehen; das habe er im vorliegenden Jahr zur Genüge belesen, indem er sich jederzeit mit den Kollegen im Lande sachlich auseinandergesetzt habe, soweit ihm diese Möglichkeit irgendwo gegeben war. Doch im vorliegenden Falle handelt es sich um Lebensfragen der Organisation, hier müsse gehandelt werden, wenn alles Reden nichts nütze. Vor der ersten Überzeugung des Einzelnen haben wir Achtung, gleich welcher Partei angehörend. Die politische Anschauung des einzelnen Mitgliedes kümmert uns nicht. Was wir treffen wollen, sind die Marschroute und die Anordnungen der Dritten Internationale, die in die Gewerkschaftsbewegung eingreifen und die heute noch geschlossenen Organisationen zerstören. Die Resolution ist klar in allen ihren Absätzen; auch der Ausschussvorsitzende sollte dies verstehen. Es handelt sich nur um die Anwendung der statutarisch zulässigen Mittel. Das Interesse des Verbandes fordert, daß der Beirat der Resolution zustimmt. Der Verbandstag hat keinen Beirat eingeleitet, damit dieser zuseht, wie der Verband zugrunde gerichtet wird.

Kühn (Chemnitz): Mit dem von Stauden vorgelegten Material wurde lediglich bewiesen, daß zur Durchsetzung unserer Ideen eine Geschlossenheit in der Opposition vorhanden sein muß. Wir arbeiten nur mit zulässigen Mitteln und befinden uns in trauter Gemeinschaft mit dem jetzigen Vorstand, der doch gleichfalls eine Opposition gegen den früheren Vorstand zusammengeführt hat. Wenn die Resolution nur eine Selbstverständlichkeit ist, wie hier behauptet wird, zu was dann diese Demonstration überhaupt? Daß wir auf Spaltung hinarbeiten und zersplittern wollen, ist eine subjektive Auffassung. Wir wollen lediglich eine Fraktion bilden, wie das durch die S. P. D. und die U. S. P. D. auch geschehen ist. Wenn der Vorstand im A. D. B. wirkt, sagen wir, wir werden, daß sich die Gewerkschaften auf den Boden der 3. Internationale stellen. Uns als Kommunisten kann niemand nachsagen, daß wir nicht alles daran gesetzt haben, um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu erhalten. Das hier als Material gegen uns angeführt wurde, trifft vielleicht Einzelne, die Partei kann das nicht treffen.

Rand (Stuttgart): Die Behauptung ist falsch, daß für meine Ausführungen Parteiinteressen maßgebend waren. Als Funktionär des Verbandes bin ich verpflichtet, gegen die Schädlinge vorzugehen, die das geordnete Arbeiten im Verband untergraben. Wir wollen nicht die Weltanschauung treffen, sondern die Zerstörer des Verbandes, die wesentlich ihr Zerstörungswerk vollbringen. Es ist gesagt worden, daß die Resolution ein Sichtwechsel ist und dem Vorstand das Recht zur Willkürherrschafft gibt. Wenn Maßnahmen nur auf Grund statutarischer Bestimmungen vorgenommen werden, braucht doch keine Willkürherrschafft befürchtet zu werden. Diese wird auch nicht bei den Funktionären in den Verwaltungen vorhanden sein, denn es wird nicht nur die Resolution, es werden auch die Motive dazu veröffentlicht.

Keiner will die Spaltung, jeder sagt das, aber es kommt auf die Wirkungen an. Gegen die kommunistische Weltanschauung kämpfen

wir nur mit geistigen Waffen; aber es gibt Bedingungen und Thesen, die organisatorisch zu behandeln sind, und auf diese wird in der Resolution Bezug genommen. Der Zweck der Resolution ist nur, daß die Kollegen zur Einsicht kommen sollen. Sie hat mit der kommunistischen Weltanschauung absolut nichts zu tun. Die Kommunisten, die in der Diskussion zum Wort gekommen sind, haben uns alle gesagt, daß sie die Zerstörer der Organisation nicht schämen wollen, im Gegenteil einverstanden sind, wenn gegen diese vorgegangen wird. Die Resolution sagt nichts anderes. Der unstrittige Absatz 4 der Resolution ist eine nötige Feststellung, wenn wir die kompakte Masse der Internationale in Amsterdam zusammenhalten wollen. Der letzte Absatz der Resolution ist falsch ausgelegt worden, man kann über seine Notwendigkeit streiten. Der Absatz soll nur festlegen, daß Funktionäre des Verbandes ihre Aufträge von den zuständigen Verbandsinstanzen und nicht von außerhalb des Verbandes stehenden, unverantwortlichen Personen entgegenzunehmen haben.

Lang (Frankfurt) sagt in einer Erklärung gegenüber den Ausführungen von Reichel, daß für ihn in seiner Rechtsprechung stets das Statut maßgebend ist. Seine Bemerkungen seien nur gemacht worden zu dem Zweck, um den Vorstand von dem beschrittenen Weg abzubringen. Er habe das Gefühl, daß nicht mit der gehörigen Folgerichtigkeit verfahren wurde.

Die Resolution des Vorstandes wird darauf mit 72 gegen 14 Stimmen angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Der erweiterte Beirat weist auf die wachsende Macht des kapitalistischen Unternehmertums und der Reaktion hin, die um so mehr steigt, als die Arbeiterpartei sich zersplittert und ihre Organisationen schwächt.

Die Befolgung der von der kommunistischen Internationale geforderten Tätigkeit in den Gewerkschaften führt zur Lähmung der Streikkraft und Aktionsfähigkeit der Organisation, die Beschimpfung und Befämpfung der eigenen Gewerkschaft mit eiserner Konsequenz zur Spaltung derselben.

Wer solche Schwächung und Zerfegung unseres Verbandes betreibt, erschwert den ohnehin erbitterten Kampf gegen den Kapitalismus und ist deshalb als Schädling des Verbandes zu behandeln.

Der erweiterte Beirat, der sich auf den Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stellt und das Streben der Moskauer Gewerkschaftsinternationale in schärfster Weise verurteilt, fordert deshalb vom Vorstand, daß er gegen Mitglieder, welche eine derartige, die Interessen des Verbandes und seiner Mitglieder schädigende Tätigkeit ausüben, mit allen statutarisch zulässigen Mitteln vorgeht.

Er erklärt ausdrücklich, daß der Verband seine Aufgaben nur erfüllen kann, wenn er volle Selbstständigkeit besitzt, für seine Organe und Funktionäre das Statut und die Beschlüsse des Verbandstages allein bestimmend sind. Funktionär kann nicht sein, wer seine Arbeit im Verband von der Weisung außerhalb des Verbandes stehender Personen oder Stellen abhängig macht.

Die Auflösung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes in Frankreich

Einen vollen Monat hat die 11. Strafkammer des Seinegerichts gebraucht, um ein Placeturteil gegen fünf französische Gewerkschaftsführer zustande zu bringen und durch einen unerhörten Wortschwall der Begründung einen Schein des Rechtes zu geben. Die Vorsitzendenmitglieder der „C.G.T.“ (Allgemeiner Gewerkschaftsbund) Jourdain, Laurent, Duplère, Dumoulin und Calvayrac wurden zu 100 Franken Buße und zur Ertragung der Kosten verurteilt. Aber dies sprach das Gericht die Auflösung des Gewerkschaftsbundes aus.

Die Anklage stützte sich auf die Vorgänge beim großen Eisenbahnerstreik im vorigen Jahre. Die Eisenbahner einiger Straßen legten wegen der Aufregung eines Arbeiters die Arbeit nieder, die übrigen Eisenbahner erklärten sich solidarisch. Der Regierung war es durch einen Bluff außerordentlich gut gelungen, die Arbeiterpartei einzuflehen, darob schwoll ihr gewaltig der Stolz, sie ließ beim Gewerkschaftsbund haussuchen, beschlagnahmte alle auf den Streik bezüglichen Schriften und stellte Strafantrag gegen die nunmehr verurteilten fünf Führer. Der Beschluß der Auflösung der „C.G.T.“ ist ein Schlag ins Wasser. Einer der verurteilten Sekretäre, der Genosse Laurent, hat im „Journal des Débats“ darauf hingewiesen. Er schreibt:

„Das Urteil verwechselt das aus vier Sekretären und einem Schatzmeister bestehende Verbandsbüro mit dem wirklichen Verband. Dieser kann nicht aufgelöst werden, denn er besteht aus 9510 Gewerkschaften, 52 Industrieverbänden und 89 Bezirksverbänden. Selbst wenn man unser Haus in der Rue Lafayette schloße und uns verhaftete, so würde das nichts an der C.G.T. ändern. Es würden einfach vier neue Sekretäre und ein neuer Schatzmeister gewählt werden.“

Das Urteil ist ein Ausfluß der steigenden Reaktion in Frankreich. Es stützt sich auf ein Gesetz aus dem Jahre 1884, nach dem die Gewerkschaften und Syndikate nur das Recht auf Bearbeitung und Verteilung von Berufsinteressen haben. Der ehemalige Sozialist, Ministerpräsident Millerand, erklärte, er habe sich zu diesem Vorgehen entschlossen, weil die Gewerkschaften die Arbeit in lebenswichtigen Betrieben stillgelegt hätten, und zwar ausschließlich aus politischen Gründen. Trotz der großen Aufmerksamkeit hat das ganze Verfahren gegen die Führer mit einem täglichen Reinfall der Anklagebehörde geendet. Die C.G.T. veröffentlichen eine Rundgebung, in der sie gegen das Urteil, das ihre Auflösung verfügt, protestiert. Sie erklärt, die Arbeiter würden nicht dulden, daß die Arbeiterbewegung unterdrückt würde. Die Presse nimmt im allgemeinen die durch das Urteil geschaffene Lage gar nicht so tragisch. „Echo de Paris“ meint, daß es sich vor allem um ein prinzipielles Urteil handle. Man solle sich aber keine falsche Vorstellung von den praktischen Folgen dieser Entscheidung machen. Immerhin bedeute sie einen einschneidenden Schlag für die Moral der Rechtsprechung.

Der Prozeß förderte auch bedauerliche Erscheinungen an den Tag. Leidenschaftlich wurde damals Propaganda für den Generalstreik getrieben. Die Generalkommission wurde in den Kampf gezwungen, sie nahm das radikale Geschrei als ernst hin, übernahm die Führung des Kampfes, stellte revolutionäre Forderungen auf und proklamierte zu deren Durchführung den Generalstreik. Die Forderungen enthielten die Verstaatlichung der französischen Eisenbahnen und die Betriebskontrolle durch Arbeiter und Angestellte. Die Regierung antwortete mit scharfer Gegenmaßnahmen und ordnete die Mobilisierung der Eisenbahner an. Unerwartendweise folgte die vor wenigen Tagen noch so radikale Arbeiterpartei zum größten Teil der Order und ließ die Führer mit der revolutionären Parole auflösen. Bei diesem verlorenen Kampf blühten die französischen Gewerkschaften über die Hälfte ihres Mitgliederstandes ein. Auf Jahre hinaus hat die französische Reaktion vor den Gewerkschaften Ruhe, da die Gewerkschaften durch diesen unglücklichen Kampf ungemein geschwächt wurden.

Die „rote Fahne“, das Organ der kommunistischen Partei, bemerkt dieses Urteil, um gegen die verhassten Gewerkschaftsführer zu polemisieren. Damit sie ihr Vorhaben erreicht, biegt sie die Wahrheit in schamloser Weise. Es wird da geschrieben:

„Das jetzige Urteil des Bürgerlichen Klassenrichters richtet sich nicht so sehr gegen die Leiter der C.G.T., die Jourdain und Dumoulin, die während des Weltkrieges und nachher in jedem Zeitpunkt die zuverlässigsten und exponiertesten Katalen eben dieser Bourgeoisie gewesen sind, von der sie jetzt mit einem Justiztritt fortgeworfen werden; es richtet sich nicht gegen die Gewerkschaftsbürokraten, die von 1914 bis 1918 ebenso schlimme Durchfaller waren wie Legien, die 1919 die Solidaritätsbewegung der französischen Massen für Räteunruhm sabotiert und sich dem „Arbeiterbüro“ des kapitalistischen Weltkongresses angeschlossen haben, die 1920 schließlich dem Eisenbahnerstreik zur unglücklichsten Stunde begannen und dann auf seinem Höhepunkt verraten haben.“

Ein Kommentar ist überflüssig, an Ihren eigenen Tugenden werden diese Demagogen zugrunde gehen.

